

010  
UNCLASSIFIED

050/1



BRITISH EMBASSY

VIENNA

X 22.

23 April 1982

Information Department  
F C O

APR 25 / 4  
h.c.

Dear Department

FALKLANDS CRISIS : AUSTRIAN MEDIA COMMENT

.....  
1. FCO Telno 49 of 7 April expressed interest in favourable quotations from the local press about the Falklands crisis. I attach a copy of a commentary published in the Salzburger Nachrichten, one of the more reputable and serious of the Austrian newspapers, on 10 April. The author comments that "so absurd is Galtieri's ... battle-cry, so easily does he allow himself to be used as a pattern for any aggression". He adds that the UN can go into recess at least until 2020 "if conquering - demonstrated by the example of the Falkland Islands - remains unnoticed and the right to self-determination melts away like the last snow". The author has little time for those who value "quantity compared to political morality" for "the foundations of international law ... should not be reduced in value by either population numbers or square kilometres".

.....  
2. An article in the same newspaper on 13 April by its London correspondent, Clemens Hutter, leaves no doubt where the blame for the crisis lies:

"Firstly, Argentina exacerbated the deepening dispute by an act of military aggression which has rightly moved the World Security Council to demand an unconditional Argentine withdrawal.

"Secondly, Argentina has made use with its aggression of the much-loved trick of diverting attention with a foreign policy adventure from serious internal political and economic problems. In this, the Junta Generals have had success in temporarily whipping up Argentinians' national enthusiasm. They thus put remaining in power at risk if the country's "national honour" is betrayed and a unilateral withdrawal, however refined, is necessary.

"Thirdly, England had no choice in view of this unprovoked military attack. Mrs Thatcher cannot call off the relief expedition of the British armada without compromising every State's inalienable right, anchored in the UN Charter, to sovereignty."

/The



- 2 -

.... 3. The Salzburger Nachrichten pursues this idea further in its 17/18 April edition, commenting:

"if authoritarian governments continue to be allowed to pursue at their own discretion national interests with cynical canon-boat policies, the only alternative remaining open to all governments in the near future will be one of bloody conflict along the road into the jungle".

Yours ever

D G Blunt  
Chancery

cc: WED, FCO  
Falklands Emergency Unit, FCO

Alexander Haig übertrifft als Außenminister der USA alle Maßstäbe, die er sich als Oberkommandierender der NATO jahrelang in Brüssel gesetzt hat. Seine schonungslose Aktivität als Vermittler im britisch-argentinischen Streit um die Falkland-Inseln zwingt freilich auch zu der Überlegung, wann sich die transkontinentale Pendel-Diplomatie in sterile Hektik verwandelt. So sehr Haigs Bemühungen einen Erfolg verdienen, so notwendig ist eine leidenschaftslose Beurteilung der Lage im südlichen Atlantik.

Über die innenpolitischen Gründe für die Invasion argentinischer Truppen auf den Falkland-Inseln wurde viel geschrieben. Alle Erklärungen reichen für eine Entschuldigung der Entscheidung General Galtieris jedoch ebenso wenig aus, wie es genügt, sich mit der Verurteilung Argentiniens durch den Welt-sicherheitsrat zufriedenzugeben.

Im Kern geht es nun um die Frage, ob Demokratien noch fähig sind, sich gegen die Gewaltpolitik eines autoritären Regimes zu wehren. Während der letzten Jahrzehnte hat sich im Westen — offen oder versteckt, erkannt oder unerkannt — die Auffassung festgehakt, Demokratien dürften niemals den Frieden gefährden. Ein demokratischer Staat kämpfe nicht. Er verhandle.

Diese politische Leitlinie ist sinnvoll, wenn Verhandeln an erster Stelle aller Bemühungen steht. Sie führt jedoch zum Verlust der Freiheit und zur Entwertung aller demokratischen Werte, wenn die Behauptung, notfalls eine militärische Auseinandersetzung in Kauf zu nehmen, von Anfang an als undenkbar oder lediglich als diplomatischer Einschüchterungsversuch eingestuft wird.

Es wäre kurzsichtig, die mehrheitliche Bereitschaft der Briten zu übersehen, militärisch zu handeln, falls Argentinien seine militärische Aggression nicht korrigiert. Dabei geht es den meisten britischen Bürgern nicht um den heute und morgen zu beanspruchenden Besitz der Falkland-Inseln. Die Überschrift der Londoner „Times“, „Wir sind alle Falkländer“, weist darauf hin, daß nicht marginale Interessen zu verteidigen sind. Die Behauptung, Großbritannien weigere sich, Reste seines Kolonialreiches freizugeben, ist deshalb töricht. Wenn es autoritären Regierungen erlaubt bleibt, nach eigenem Gutdünken nationale Interessen mit zynischer Kanonenboot-Politik zu verfolgen, bleibt für alle Staaten in naher Zukunft nur noch der Weg in den Dschungel blutiger Auseinandersetzungen offen.

Die elementare politische Bedeutung des Falkland-Konflikts hat die amerikanische Regierung nie geleugnet. Sie stellte sich deshalb auch vorbehaltlos hinter die Verurteilung Argentiniens im Sicherheitsrat. Den Überlegungen Washingtons, so schnell und sichtbar wie möglich die Rolle des Vermittlers zu übernehmen, entspringt gewiß auch die Überzeugung, daß nur die Weltmacht Amerika in dieser Region befähigt ist, eine Entschärfung des Krisenherdes herbeizuführen.

Das Dilemma Washingtons entsteht jedoch aus seiner doppelten Partnerschaft und aus zweifachen freundschaftlichen Bindungen. Die USA sind die anerkannte Führungsmacht im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Gleichzeitig hält Washington das Gewicht des Vertrags von Rio in Händen. Darin haben sich die lateinamerikanischen Staaten 1947 verpflichtet, gemeinsam jeder Intervention entgegenzutreten,

die außerhalb der amerikanischen Hemisphäre beheimatet ist.

Die Freundschaft führender amerikanischer Politiker und Abgeordneter zu Großbritannien hat historische Wurzeln. Sie bewährte sich in schwierigsten Zeiten. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Argentinien entstanden aus der Hoffnung, dieser Staat werde in dem von Revolutionen immer wieder geschüttelten Lateinamerika stabilisierenden Einfluß ausüben und gleichzeitig für die wirtschaftlichen Interessen Amerikas aufgeschlossen bleiben.

An der Nahtstelle unterschiedlicher Bindungen wird die Vermittlungspolitik Washingtons ambivalent. So sehr Reagan und seine Regierung in Lateinamerika signalisieren müssen, daß der große Bruder im Norden nach wie vor Einfluß besitzt, so sehr würde auch die NATO ins Wanken geraten, wenn die Amerikaner in Europa nur noch als Gutwetterpartner eingestuft würden. Die harsche Kritik der amerikanischen Präsidenten Carter und Reagan an der weichen Haltung europäischer Demokratien gegenüber sowjetischen Aktionen in Afghanistan und Polen verleihe jede Glaubwürdigkeit, würde eine gleichartig einzustufende Politik der argentinischen Militärjunta in Washington nur flüsternd gescholten und öffentlich als „Realpolitik“ hingenommen.

Die Briten wurden nachdenklich. Sie warten, ungeachtet ihrer Anerkennung für den von Kontinent zu Kontinent eilenden Haig, auf unmißverständliche Erklärungen Washingtons zugunsten Londons. Und sie waren erstaunt, daß nur die Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Argentinien zur Stelle waren und eine politische Solidarität demonstrierten, die heute längst nicht mehr alltäglich ist.

So verbreitert sich still der Riß zwischen Amerika und Europa. Das Zusammenrücken der westlichen Demokratien scheint dort am meisten gefährdet, wo es am dringlichsten ist: bei der Verteidigung einer internationalen Rechts- und Friedensordnung.

Theo M. Loch kommentiert:

## Falkland ist keine „Lappalie“

Recht und politische Moral sind nicht Frage von Einwohnerzahlen und Quadratkilometern

Während die Flotte ihrer britischen Majestät die Wogen des Atlantiks in Richtung Falkland-Inseln durchpflügt, argentinische Reservisten zu den Waffen gerufen werden und die englische Regierung einen militärischen Sperrkreis auf der südlichen Hälfte unseres Globus einzeichnet, bleibt uns aufgeschreckten Europäern noch eine kurze Zeit zum Nachdenken. Zum Beispiel: Welche Folgen hat das Argument des argentinischen Präsidenten Galtieri und seiner ihm von einem Tag zum anderen frenetisch jubelnden Landsleute, Großbritannien habe 1833 Argentinien die Malvinas, (Falkland-Inseln) gewaltsam entrisen? Also habe Argentinien nunmehr das Recht, sich die Inseln zurückzuholen.

Nach dieser aus der Geschichte herausgeklauten völkerrechtlichen Logik könnte die Regierung in Wien zwischen Ostern und Pfingsten Triest und Trient besetzen. Auch in Krakau ließe sich — 150 Jahre danach — Österreichs Nationalflagge hissen. Die niederländische Königin täte gut daran, ihre Soldaten auf den Einmarsch in das Großherzogtum Luxemburg vorzubereiten. In Kopenhagen würde es Zeit, dänische Truppen gegen Schleswig-Holstein in Marsch zu setzen, damit dort bis zur Grenze von Hamburg-Altona dänische Rechte zurückgewonnen werden könnten.

Ob die DDR/oder die Bundesrepublik Posen in Polen und Königsberg in der Sowjetunion zurückholen sollte, bliebe zunächst eine Frage des innerdeutschen Gedankenaustausches. Überlegungen, die bundesdeutsche Marine Kurs auf den Bismarck-Archipel im Pazifik steuern zu lassen, erschienen ein wenig verfrüht. Sie wären jedoch nicht von der Hand zu weisen. Außerhalb der Landkarte Europas müßten auch nahezu alle Grenzen auf den anderen Kontinenten — der argentinischen Devisen folgend — verändert werden. Offen bleibt, wie weit indianische Völker Lateinamerikas mit ihrem 150 Jahre zurückreichenden Rechtsanspruch den Einmarsch in Buenos Aires androhen könnten.

So absurd der Schlachtruf Gal-

teris und seiner Offiziere auch ist, so leicht läßt er sich als Etikett für jede Aggression benützen. Die Brisanz für die Weltpolitik wird hierbei ebenso deutlich sichtbar wie die Gefährdung des Friedens. Dieser sollte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und ungeachtet aller Enttäuschungen in den zwanziger und dreißiger Jahren, in einer internationalen Rechtsordnung verankert werden — überwacht von der Organisation der Vereinten Nationen. Die UNO kann sich mindestens bis zum Jahr 2020 vertagen, wenn Eroberungen — wie am Beispiel der Falkland-Inseln — demonstriert — ungeachtet bleiben und das Selbstbestimmungsrecht dahinschmilzt wie der letzte Schnee.

Erstaunlich ist die Wertung der Quantität gegenüber politisch-moralischer Qualität zum Nachteil betroffener Bürger. Warum — so ist mancherorts zu hören — all die Aufregung und die militärischen Muskelspielereien, wenn es doch „nur“ darum geht, ob 1800 Bewohner der Falkland-Inseln britisch bleiben wollen oder argentinisch werden sollen.

Grundsätze des Völkerrechts, die in der Gegenwart von den Regierungen unterzeichnet und besiegelt wurden, dürfen weder durch Bevölkerungs-zahlen noch von Quadratkilometern entwertet werden. Der Alltag in unserer Welt ist leider anders. Die „Lappalie Falkland-Inseln“ zeigt wie in einem Vergrößerungsglas den über Jahrhunderte lebendig gebliebenen Zynismus der Macht und die Irrationalität nationalistischer Begeisterung, ohne Rücksicht auf die UNO-Charta oder zahlreiche andere feierlich beschworene Urkunden.

Eiskalt exekutierte Eroberungs- oder auch Rückeroberungspolitik wird mit patriotischen Appellen verschleiert. Hierauf kann sich keine Regierung einlassen, die Friedenssicherung ernst nimmt. Präsident Galtieri, von dem behauptet wird, seine militanten Admirale hätten ihn mit ihrem Handstreich gegen die Falklands überspielt, hat letztlich auch die sowjetische Invasion Afghanistans neutralisiert, falls die argentinische Regierung ihren eigenen Rechtsbruch nicht korrigiert.

Die Schwierigkeiten der US-Politik sind offenkundig. Außenminister Haigs Vermittlerdienste werden gebraucht. Die Gefahr, daß im Streit um die Falklands auch die Entrüstung der US-Regierung über sowjetische Aggressionen verwässert und gleichzeitig die Partnerschaft mit Großbritannien den Hudson hinabschwimmt, ist groß.

Die westeuropäischen Regierungen haben richtig gehandelt, als sie ihre Waffenlieferungen nach Argentinien einstellten und — so der französische Außenminister Cheysson — „schlicht und einfach einen unprovokierten Angriff verurteilten“. Die Partnerschaft mit Großbritannien muß für die westeuropäischen Staaten außer Zweifel stehen, es sei denn, die Risik im westlichen Verteidigungsbündnis dürften sich zu Abgründen erweitern.

Diese Überlegung nährt freilich auch unsere Sorgen. Noch ist die Stunde der Diplomatie und Vernunft nicht endgültig abgelaufen. Doch die Zeit für das Wirken der Vernunft in Buenos Aires ist kurz bemessen.

SN-Korrespondent Jan Friese berichtet a

## Blutbad im Name

Der Krieg in Afghanistan wird hä

Der Frühjahrsanfang war der Beginn des neuen afghanischen Jahres. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das kommende Jahr noch blutiger werden wird als die beiden vergangenen seit Beginn der sowjetischen Invasion.

Die vielbesungenen Reformen, um die es bei der „glorreichen April-Revolution“ in Afghanistan ursprünglich ging, scheinen jetzt auch auf dem Papier hinter dem „Kriegsziel“ der Vernichtung des Widerstandes zurückzutreten. Die Sowjets, die lange Zeit den Kampf gegen die Mudschahedin mit gewisser Zurückhaltung führten, sind seit einiger Zeit dazu übergegangen, zunehmend härter zuzuschlagen. Dabei schrecken sie auch von der Einbebnung ganzer Dörfer und Siedlungsgebiete durch Luftbombardements und Artillerie nicht mehr zurück. Die Verluste auf

beiden Seiten die Freiheitskri die Zivilbevöl Blutzoll zahlte

Über die Ge des grausamer Schätzungen. 35.000 Ziviltote afghanischen zungen für die bewegen sich zirka 15.000 V der gefallenen man in Zehnt sen.

Der unget Flüchtlinge, gesamt Ostg Pakistan hine tiert die afgl bestürzende V nen Afghanen, tel der Gesa bis jetzt ihre

ARGE Einem brasilian der die Kapitu

CLEMENS M. HUTTER:

## Der Falkland-Wahnsinn

Noch macht es den Anschein, als bestünde in der Falkland-Krise die Chance zu einer nichtmilitärischen Lösung. Solange US-Außenminister Haig zwischen Buenos Aires und London Pendel-Diplomatie betreibt, wollen die Argentinier den ersten Schuß nicht abgeben. Zudem beorderten sie alle ihre Kriegsschiffe aus der von England um die Inselgruppe gezogenen Sperrzone, damit die Gegenseite nicht zum ersten Schuß provoziert werde. Und die britische

Armada braucht noch eine Woche, ehe sie das Krisengebiet erreicht.

Auf den ersten Blick nimmt sich das beruhigend aus, aber dieser Schein trügt. Denn folgende Fakten sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen:

Erstens heizte Argentinien den schwelenden Streit durch einen Akt militärischer Aggression an, der den Weltsicherheitsrat zu Recht bewog, Argentinien zum bedingungslosen Rückzug aufzufordern.

Zweitens bediente sich Argentinien mit seiner Aggression des beliebten Tricks, von ernststen innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen durch ein außenpolitisches Abenteuer abzulenken. Damit hatte die Generals-Junta Erfolg, indem sie kurzfristig die nationale Begeisterung aller Argentinier aufpeitschte. Sie riskiert also ihren Bestand, wenn sie die „nationale Ehre“ des Landes verriete und einseitig den taktisch noch so raffinierten Rückzug anträte.

Drittens hatte England keine Wahl angesichts dieses unprovokierten militärischen Angriffs. Frau Thatcher kann das Einsatz-Unternehmen der britischen Armada nicht abblasen, ohne das in der UNO-Charta verankerte Recht eines jeden Staates auf unantastbare Souveränität preiszugeben.

So weit, so ungut. Mittlerweile steht nämlich fest, daß weder England noch Argentinien auf den Falkland-Inseln etwas zu gewinnen haben. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit für beide Seiten, einen Sieg zu erfechten, der dem Verlierer alle Kosten dieses Wahnwitzes aufbürdet, betrifft diese Krise zwei wirtschaftlich übel zugerichtete Länder. Argentinien ist nach Einschätzung von Fachleuten wirtschaftlich so gut wie bankrott. Für die Briten werden die Kosten so oder so von 8 Mrd. S aufwärts veranschlagt, weshalb man in London bereits erwägt, eine „Kriegssteuer“ einzuheben.

Selbst wenn es Haig gelingen sollte, die Konfliktparteien aus der fatalen Eigengesetzlichkeit einer Konfrontation ohne unzumutbaren Gesichtsverlust und ohne einen Schuß zu befreien, böte die Falkland-Krise der Welt erschütterndes Anschauungsmaterial über den Irrsinn militärischer Auseinandersetzungen.

Keiner Seite ist nämlich der Vorwurf zu ersparen, beizelten mit Vernunft, Beharrlichkeit und Kompromißbereitschaft eine Lösung angestrebt zu haben, die auf ehrenhafte Weise das archaische System des britischen Kronkolonialismus und den Zündstein des blindwütigen argentinischen Nationalismus aus der Welt schafft. Zwei Länder mit zehn und mehr Prozent Arbeitslosigkeit hätten wahrlich zwingende Gründe, ihre Mittel menschenwürdiger einzusetzen.

Doch wie man sieht, Geschichte bleibt weiterhin jenes Fach, das man für Prüfungen lernt, doch nicht für das Wohl der Menschen beherzigt.